

Zu diesem Heft

Diese Ausgabe von GWP enthält vier Fachaufsätze, die „Analyse“ mit dem doppelten Umfang eines Fachaufsatzes, zwei „Aktuelle Informationen“, einen großen Text zur „Didaktischen Praxis“, einen Beitrag zur „Rechtsprechung“ des Bundesverfassungsgerichts und eine „Dokumentation kontroverser Positionen“, dazu vorweg den „Brennpunkt“ und „hinten“ im Heft Rezensionen fachdidaktischer Neuerscheinungen. Insgesamt rund ein Dutzend Beiträge auf 126 Seiten. Die Texte sollen aktuell, fundiert und verständlich über wichtige Themen aus „Gesellschaft, Wirtschaft, Politik“ informieren. Sie wurden von den Herausgebern aus dem verfügbaren Material ausgewählt, und zwar in dem ebenso umständlichen wie unverzichtbaren Verfahren, bei dem jeder Herausgeber jeden Text sieht und die endgültige Entscheidung anhand der Einzelvoten „im Plenum“, der vierteljährlichen Herausgebersitzung fällt.

Wir hoffen, in Ihrem Sinn entschieden zu haben. Sehen Sie selbst:

Der PISA-Frust der Lehrer, die ihre Rolle als Prügelknaben ablehnen, gab den Anlass, die rheinland-pfälzische Bildungsministerin *Doris Ahnen*, um einen „Brennpunkt“-Beitrag (S. 5) zu bitten. „Die Lehrer als Betroffene, weil meist Gescholtene“, werden die Conclusio der Ministerin gern vernehmen: „Der gesellschaftliche Stellenwert von Bildung und von pädagogischer Arbeit muss auf Dauer höher angesiedelt werden als dies in der Vergangenheit – außerhalb von Sonntagsreden – oft der Fall war.“

Der „gesellschaftliche Stellenwert von Bildung“ kann auch beschworen werden, wenn es um das Zusammenleben von Zuwanderern und Deutschen geht. *Harald Lofink* „dokumentiert kontroverse“ Positionen (S. 79), die um die Begriffe „Leitkultur“ und „Multikultur“, um „Toleranz“, „Patriotismus“ und „Integrationsbereitschaft“ gelagert sind. Schule ist den Problemen in ganz besonderem Maße ausgesetzt, umso wichtiger die Migrations-Thematik für diese Zeitschrift (neun Beiträge in 16 Ausgaben ab 2001).

Ähnliches Gewicht hat die EU-Thematik. In einem mühsamen Lernprozess erfahren die Bürger der Nationalstaaten die faktische Bedeutung einer übernationalen Kompetenz. Sie ist hinsichtlich der „großen“ Wirtschafts- und Währungspolitik noch fassbar, wenn auch abstrakt. Aber die Einwirkung der EU auf die Kommunalpolitik, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, ist sehr konkret und beängstigend. *Heinrich Pehle* resümiert in seinem Fachaufsatz (S. 9) die aktuelle Situation der kommunalen Selbstverwaltung im europäischen „Mehrebenensystem“.

Die USA-Wahlen sind vorbei, George W. Bush ist neuer alter Präsident der Vereinigten Staaten. In einer äußerst dichten „aktuellen Information“ (S. 55) liefert *Petra Zimmermann-Steinhart* neben den Wahlergebnissen eine analytische Betrachtung des Wahlkampfes, seiner Themen und Strategien und der Gründe für den Wahlausgang.

In Verbindung mit den „Zukunftsperspektiven“, die Zimmermann-Steinhart auch hinsichtlich der amerikanischen Außenpolitik anspricht, lässt sich der didaktische Beitrag von *Ingo Juchler* (S. 91) nicht ohne Beklemmung lesen. Anhand eines klassischen Textes (Thukydides, Der peloponnesische Krieg) stellt Juchler die Frage, ob denn in den internationalen Beziehungen die Macht heute ihre Grenzen im Recht findet, wie das vor rund zweieinhalbtausend Jahren eben nicht der Fall war. Der Text ist ein didaktisches Experiment: Gibt es Vergleichspunkte zwischen Bushs Amerika und dem selbstherrlichen Athen?

Das Heft hat im politischen Teil einen unübersehbaren Schwerpunkt – Parteien. In verschiedenen Textsorten kommen wichtige Aspekte des Parteiensystems und des Parlaments zur Darstellung:

In der großen Analyse (S. 101) verfolgt *Frank Decker* – unter dem Focus der „Krise“ die Entwicklung des deutschen Parteiensystems seit den 80er Jahren. Die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der Einfluss der Medien, neue Konzepte. Der Text bietet sich an, didaktische Leitfragen daraus zu entwickeln.

Zum Beispiel die nach dem Demokratieverständnis der Bundestagsparteien: Bis auf die PDS hatten alle Bundestagsfraktionen im Jahr 2002 die Novellierung des Parteiengesetzes mitgetragen. Das neue Gesetz legte mit dem sog. „Drei-Länder-Quorum“ die Latte für den Erhalt staatlicher Zuschüsse für die Parteien so hoch, dass die Chancen finanziell unterstützt zu werden, für kleinere, insbesondere aber neu startende Parteien minimiert wurden. *Heinrich Pehle* erläutert in der „Aktuellen Information“ (S. 65) das BVerf.G-Urteil vom 26.10.2004, das das „Drei-Länder-Quorum“ für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärte.

Waren in jenem Fall die großen Parteien sich einig gewesen, die Kleineren klein zu halten, so stritten bei einer anderen Frage die Großen untereinander, und wieder hatte das BVerf.G zu entscheiden: Nach dem Stimmenergebnis der Bundestagswahl 2002 drohte im Vermittlungsausschuss des Deutschen Bundestages auf der Bundestagsbank ein Patt zwischen Koalition und Opposition. Zur gleichen Zeit stand es auch auf der Bundesratsbank 8:8. Dieses totale Patt hätte die Entscheidungsprozesse im Ausschuss entscheidend blockieren können. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne setzten deshalb mit ihrer Bundestagsmehrheit eine Änderung des bis dahin gültigen Besetzungsverfahrens durch und gelangten so zu der gewünschten Stimmenmehrheit im Ausschuss. *Heiner Adamski* zeigt in der Rubrik „Rechtsprechung kommentiert“ (S. 69), wie das von der CDU/CSU-Fraktion dagegen angestrebte Verfahren vor dem BVerf.G ausging.

Die deutschen Parlamente sind seit der deutschen Vereinigung immer weiblicher geworden. Bundestag und Länderparlamente weisen einen steigenden Frauenanteil auf, die Chancen der Frauen, ihren Parlamentssitz bei den künftigen Wahlen zu behalten, steigen, und politisch-parlamentarische Führungspositionen sind längst keine Männerbastion mehr. *Michael Edinger* und *Claudia Holfert* vermitteln in ihrem Fachaufsatz (S. 29) Ergebnisse eines groß angelegten Forschungsprogramms. Ein Analyseraster für die in den Jahren 2005 und 2006 anstehenden Wahlen.

Zur Wirtschaft: Die Banken stehen im Blickpunkt des – nicht gerade freundlichen – Interesses der Öffentlichkeit, nachdem Deutsche Bank-Chef Ackermann erklärt hat, wie er die Rentabilität seines Instituts verbessern wolle – durch die Streichung von Stellen. Der Aufsatz von *Arnold Picot* und *Rahild Neuburger* (S. 41) über bestimmte strategische Maßnahmen der Banken angesichts von Veränderungen im Markt und des sich verstärkenden Einflusses der IuK-Techniken beschränkt sich auf die betriebswirtschaftliche Seite und lässt die Rolle der Banken im wirtschaftspolitischen Geschehen außen vor. Auf diese Weise erhält der Leser einen klar strukturierten Grundriss vom Banken-Marketing.

Public Private Partnership (PPP) bedeutet die „befristete Übertragung einer öffentlichen Aufgabe durch die Öffentliche Hand auf Privatunternehmen ...“, so formuliert es *Horst Mehrländer*, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, in seinem Fachaufsatz zum Thema (S. 21). Der Text gibt eine Übersicht über Ziele, Erfahrungen und Perspektiven der Anwendung von PPP, eines Instruments, das helfen soll, öffentliche Aufgaben zu erfüllen, auch wenn die Öffentliche Hand selber über die Mittel dazu nicht verfügt. Dieses sehr lebensnahe Thema wird uns so bald nicht loslassen.

Die Herausgeber